Stand: 16.12.2025 02:20:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14500

"Bildungsstudien ernstnehmen - Bayerns Schulen gerechter aufstellen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/14500 vom 30.11.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.11.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15640 des BI vom 15.02.2017
- 4. Beschluss des Plenums 17/15888 vom 09.03.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 09.03.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.11.2016 Drucksache 17/14500

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bildungsstudien ernstnehmen – Bayerns Schulen gerechter aufstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über vorhandene Maßnahmen zu berichten, die an den bayerischen Schulen dazu beitragen sollen, Bildungsgerechtigkeit herzustellen, damit Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, aus Familien mit Migrationshintergrund oder mit Fluchthintergrund verbesserte Möglichkeiten auf höherwertige Schulabschlüsse erhalten.

Zudem soll darüber berichtet werden, welche Konzepte die Staatsregierung bereits implementiert hat, um Jungen und Mädchen gleichermaßen zu fördern.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, einen Aktionsplan vorzulegen, wie sie die in aktuellen Studien wie dem "Bildungstrend 2015" des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) oder der TIMSS-Studie festgestellten Defizite bei der Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit plant abzustellen.

Begründung:

Während die international vergleichende Schulleistungsuntersuchung TIMSS ("Trends in International Mathematics and Science Study") alle vier Jahre mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern untersucht, überprüft das Institut für Qualitätsentwicklung (IQB) regelmäßig, inwieweit die von der Kultusministerkonferenz vorgegebenen Kompetenzziele in ausgewählten Unterrichtsfächern an deutschen Schulen tatsächlich erreicht werden. Beide kürzlich von diesen Instituten vorgestellten Studien ergeben für die bayerische Schulpolitik Licht- und Schattenseiten. Einerseits erreicht Bayern im "Bildungstrend 2015" in einigen Kompetenzbereichen Spitzenplätze, andererseits wird aber auch deutlich, dass der Bildungserfolg der bayerischen Schülerinnen und Schüler immer noch viel zu stark mit der ökonomischen Leistungskraft oder der Bildungsnähe des Elternhauses verknüpft ist. Die TIMMS-Studie hingegen stellt insgesamt fest, dass die Schülerschaft an Grundschulen seit den letzten Studien 2007 und 2011 deutlich heterogener geworden ist. Die Ergebnisse der deutschen Grundschülerinnen und Grundschüler sind seitdem aber relativ gleichgeblieben, während sich allerdings andere Länder im Ranking deutlich verbessert haben. Kritisch sind und bleiben die Leistung der deutschen Kinder im unteren Segment. Demnach beherrscht ein Viertel der deutschen Schülerinnen und Schüler in der vierten Klasse lediglich die Grundrechenarten und der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen hat sich seit 2007 auch weiterhin nicht verändert. Besonders gravierend hierbei auch der Befund, dass Deutschland bei der digitalen Lehrerbildung am Schluss der Tabelle zu finden ist. Wie die Staatsregierung diese und weitere festgestellten Befunde der Studien bereits an den Schulen versucht zu beheben und welche Maßnahmen zudem nötig sind, soll dieser Dringlichkeitsantrag aufzeigen.

Stimmenthaltungen? – Die Fraktion FREIE WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/14478. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 17.01 bis 17.06 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaals ausgezählt. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/14479 mit 17/14484 sowie 17/14500 mit 17/14502 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen und dort weiter beraten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Bäuerliche Strukturen und Kommunales Selbstverwaltungsrecht bei der Gestaltung und Strukturierung des Ländlichen Raums stärken -Privilegierung nach § 35 Abs. 1 BauGB novellieren (Drs. 17/13016)

Die Redezeit beträgt für die Fraktionen 24 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der Ihnen vorliegt, zielt auf die Sicherung und Stärkung der kleinteiligen bäuerlichen Landwirtschaft, auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Transparenz in Bayern. Er ist auch ein Beitrag, um Landwirtschaft und Bevölkerung vor Ort sachlich, fachlich und thematisch auf Augenhöhe sowie demokratisch gerecht einander näher zu bringen.

Worum handelt es sich im Einzelnen? – Zahlreiche Bauernfamilien wohnen und arbeiten im sogenannten Außenbereich. Damit ist baurechtlich der Bereich gemeint, für den ein qualifizierter Bebauungsplan nicht vorhanden ist; im Zusammenhang mit einem bebauten Ortsteil wäre es der sogenannte unbeplante Innenbereich. Grundsätzlich soll der Außenbereich von Bebauung freigehalten werden, außer es sprechen gute Gründe für eine Ausnahme. Diese Ausnahmen sind in § 35 des Baugesetzbuches enthalten, der unter anderem landwirtschaftlichen Betrieben ein

Baurecht im Außenbereich gewährt, damit diese weiterhin in ihre Wirtschaftsgebäude, insbesondere in Ställe, investieren können.

Wir beabsichtigen nunmehr, die Staatsregierung aufzufordern, diese Privilegierung dahingehend einzugrenzen, aber auch zu sichern, dass nach dem Maß-Umweltverträglichkeitsprüfung stab der entsprechende Schwellen eingezogen werden, sodass nicht jedes Großbauprojekt, nicht jeder Großstall sich dieser Privilegierung erfreut. Damit wird auch dafür gesorgt, dass Überproduktion und industriell gleiche Produktionen, die in diesem Zusammenhang möglich wären, nicht mehr ohne Weiteres genehmigungsfähig sind. Auf der anderen Seite wird die Chancengleichheit von kleineren Betrieben, die ja auch mit großen Betrieben konkurrieren müssen, weitgehend gewahrt.

Wie hoch sind die Schwellenwerte? - Bei den Kühen liegt der Schwellenwert bei 600. Der Durchschnitt in Bayern liegt laut Bayerischem Agrarbericht bei 36. Die Privilegierung wird also erst ab einem Bestand von 600 Kühen aufgehoben. Die weiteren Schwellenwerte: 1.500 Mastschweine, 560 Sauen, 4.500 Ferkel aetrennte Aufzucht -. 15.000 Leaehennen. 30.000 Junghennen, 30.000 Hähnchen, 15.000 Puten, 750 Pelztiere. Erst ab diesen Schwellenwerten ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen. Bis zu diesen Schwellen wollen wir die beschriebene Privilegierung der Landwirtschaft erhalten.

Nach Auskunft des Bauernverbandes halten nicht einmal 1 % der Betriebe in Bayern mehr als 1.500 Mastschweine. Daran zeigt sich, dass die Privilegierung so gut ist. In den niedrigen Zahlen spiegelt sich die kleinteilige bäuerliche Struktur in Bayern wider. Wenn der bayerische Vertreter eines bestimmten Verbandes behauptet, dieser Antrag sei ein Anschlag auf die bäuerliche Struktur, da er die Baumöglichkeiten einschränke, macht er sich tatsächlich zum Anwalt und Lobbyisten von Großagrariern und der Agrarindustrie. Er hat jedenfalls nicht das Wohl der kleinteiligen Landwirtschaft im Blick.

Es ist ein Angebot, aber auch eine notwendige Maßnahme, um wettbewerbliche Strukturen zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die vermehrte Ansiedlung landwirtschaftlicher Anlagen mit Intensivtierhaltung im Außenbereich führt immer mehr zu erheblichen Nutzungskonflikten. Zur geordneten räumlichen Steuerung dieser Entwicklung ist die Bauleitplanung das optimale Instrument. Sie ist unmittelbar, sachkompetent, demokratisch vor Ort und näher am Menschen, sie ist die Koalition mit dem Bürger. Die Bauleitplanung unter Einbeziehung der Öf-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

15.02.2017 Drucksache 17/15640

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/14500

Bildungsstudien ernstnehmen - Bayerns Schulen gerechter aufstellen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der letzte Absatz gestrichen wird.

Berichterstatter: Günther Felbinger Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 58. Sitzung am 26. Januar 2017 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 141. Sitzung am 15. Februar 2017 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Martin Güll Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.03.2017 Drucksache 17/15888

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/14500. 17/15640

Bildungsstudien ernst nehmen – Bayerns Schulen gerechter aufstellen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über vorhandene Maßnahmen zu berichten, die an den bayerischen Schulen dazu beitragen sollen, Bildungsgerechtigkeit herzustellen, damit Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, aus Familien mit Migrationshintergrund oder mit Fluchthintergrund verbesserte Möglichkeiten auf höherwertige Schulabschlüsse erhalten.

Zudem soll darüber berichtet werden, welche Konzepte die Staatsregierung bereits implementiert hat, um Jungen und Mädchen gleichermaßen zu fördern.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Januar 2017 (Vf. 1-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - des Art. 1 Abs. 1 Nr. 2 und des Art. 22 Satz 1 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - des Unterlassens des bayerischen Gesetzgebers, ein Gesetz über die Staatsangehörigkeit zu erlassen

PII-G1310.17-0001 Drs. 17/15653 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
Z	Z	A	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Februar 2017 (Vf. 2-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 53 Satz 1 des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der Jugendstrafe (Bayerisches Strafvollzugsgesetz – BayStVollzG) vom 10. Dezember 2007 (GVBI. S. 866, BayRS 312-2-1-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBI. S. 335) geändert worden ist PII/G 1310.17-0002 Drs. 17/15654 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Angelika Weikert u.a. SPD Studie "Junge Männer und Gewalt" Drs. 17/10159, 17/15527 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abschaffung von Schulgeld an Berufsfachschulen für Physiotherapie Drs. 17/13414, 17/15638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Maßnahmen zur Gebäudebegrünung bei staatlichen Bauämtern Drs. 17/14193, 17/15628 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD "Förderung der kommunalen Elektromobilität" Drs. 17/14418, 17/15627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lkws zum Transport größerer Éichgewichte für die Eichamtsbezirke München, Nürnberg und Augsburg

Drs. 17/14427, 17/15629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

8.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,
	Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
	Neue IQB-Studie bestätigt: In Bayern ist Abhängigkeit von Geldbeutel
	und Herkunft in der Bildung viel zu groß
	Drs. 17/14479, 17/15639 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Förderung für den Anschluss an überwiegend regenerative Nah- und Fernwärmenetze im 10.000-Häuser-Programm Drs. 17/14480, 17/15630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bildungsstudien ernstnehmen – Bayerns Schulen gerechter aufstellen! Drs. 17/14500, 17/15640 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

11.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
	Neuausrichtung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Bereich
	der Tierhaltung – Erkenntnisse aus der Agrarkrise endlich anerkennen!
	Drs. 17/14509, 17/15621 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD Bayerisches Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft Drs. 17/14528, 17/15632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mehr Beachtung für den Bau- und Rohstoff Holz Drs. 17/14532, 17/15636 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Stärkere Förderung der Entlandung von Teichen im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds! Drs. 17/14703, 17/15622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Α

15. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger u.a. CSU Bayerntourismus 4.0 I: Steigerung der touristischen Attraktivität von Urlaubsregionen und Übernachtungsbetrieben durch Verbesserung der Breitbandanbindung

Drs. 17/14780, 17/15633 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger u.a. CSU Bayerntourismus 4.0 II: Moderne Mobilitätskonzepte

Drs. 17/14781, 17/15634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Bayerntourismus 4.0 III: "Urlaub auf dem Bauernhof" weiterentwickeln Drs. 17/14782, 17/15623 (ENTH)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

18.	Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD Deutsches Museum in Nürnberg – Inhalte, Planungsstand, zeitliches Konzept Drs. 17/14783, 17/15606 (E)			
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
19.	Antrag der Abgeordner Förderung der Imkerei Bienenfreundliches Gr Drs. 17/14827, 17/156	in Bayern Teil I – ünlandmanagement 24 (A)	an von Brunn, Ruth Mü	iller u.a. SPD
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
20.	Antrag der Abgeordnet Förderung der Imkerei Informationskampagne Drs. 17/14828, 17/156. Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc	in Bayern Teil II – e zur bienenfreundliche 25 (A) nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
21.	Antrag der Abgeordner Förderung der Imkerei Runder Tisch mit den I Drs. 17/14829, 17/156	in Bayern Teil III – mkerinnen und Imkerr		
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

Berichtigung

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Lohnfortzahlungsersatz für Arbeitgeber, die ehrenamtliche Einsatzkräfte im Rettungsdienst oder Katastrophenschutz für Fortbildungen freiwillig freistellen Drs. 17/15033, 17/15498 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sichere Unterkünfte für queere Asylbewerberinnen und Asylbewerber Drs. 17/12032, 17/15566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat (berichtigt)

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als mögliche Sanktion unterhalb der Schwelle des Parteiverbots Drs. 17/15171, 17/15516 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat (berichtigt)

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u.a. und Fraktion (CSU) Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung Drs. 17/15189, 17/15515 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat (berichtigt)

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbau des Terminals 1 am Flughafen München Drs. 17/14512, 17/15635 (A)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z